



Sicherheitspaket für Lkw und Busse beschlossen

Der Schwerlastverkehr in Europa ist hart umkämpft, vor allem in Deutschland, wo immer mehr Lkw aus ganz Europa auf den Autobahnen unterwegs sind. Damit es dabei nicht zu einem ruinösen Wettbewerb kommt, bei dem Sozial- und Verkehrsvorschriften systematisch missachtet werden, schreibt die EU vor, dass fünf Prozent des Schwerlastverkehrs von der Polizei kontrolliert werden müssen. In Deutschland liegt die Kontrolldichte aber gerade einmal bei 1,3 Prozent. Schwarze Schafe unter den Lkw- und Busfahrern bleiben dadurch unentdeckt – mit verheerenden Folgen für die Verkehrssicherheit. Um das zu ändern, hat der Deutsche Verkehrstag Ende Januar in Goslar gefordert, dass in Deutschland deutlich mehr Polizisten für die Überwachung der Vorschriften im gewerblichen Personen- und Güterverkehr eingesetzt werden. Eine Forderung, für die sich in Goslar auch eine sechsköpfige Expertenkommission der GdP aus NRW stark gemacht hat.

Zudem fordert der Deutsche Verkehrsgerichtstag einen flächendeckenden Ausbau der Stellplatzkapazitäten an den Autobahnen und Fernstraßen, die auch für Kontrollen genutzt werden können. Denn oft scheitern die Kontrollen schon daran, dass es auf den Autobahnen und Fernstraßen kaum Kontrollmöglichkeiten für Lkw gibt. Das gilt vor allem in den späten Abendstunden, wenn sich der Strom der abgestellten Lkw bis auf den Standstreifen auf den Rastplatzabfahrten ergießt. Eine gefährliche Situation, die in NRW immer häufiger zu beobachten ist. Der Autobahnpolizei bleibt dann oft nichts anderes übrig, als auf die eigentlich notwendigen Kontrollen der Lenk- und Ruhezeiten, aber auch der Überprüfung der Ladung zu verzichten, weil die Einrichtung einer Kontrollstelle noch mehr Platz auf den Rastplätzen wegnehmen würde. Eigene Kontrollstellen außerhalb der Rastplätze, auf denen die Polizei und das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) den Schwerlastverkehr überprüfen könnten, gibt es im Gegensatz zu Bayern in NRW nicht. Dabei ließen sie sich leicht einrichten, z. B. auf kleineren, aufgegebenen Rastplätzen.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit fordert der Verkehrsgerichtstag zudem, dass in Lkw und Bussen verstärkt nicht abschaltbare Fahrassistenzsysteme zum Einsatz kommen. Dort müssten

außerdem sogenannte Alcolock-Systeme eingebaut werden. Die GdP hat die Empfehlung des Verkehrsgerichtstags ausdrücklich begrüßt. „Mit den Alcolock-Systemen können wir sicherstellen, dass sich der Fahrer eines Schulbusses oder Gefahrguttransportes an die gesetzlich vorgeschriebene 0,0 Promille-Grenze hält“, betonte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Heiko Müller in Goslar.

Die Beschlüsse des Verkehrsgerichtstags sind aber auch eine Verpflichtung für die Polizei. „Mit dem Sicherheitspaket des Verkehrsgerichtstags ist eine deutliche Aufforderung an die Polizei verbunden, die Verkehrssicherheitsarbeit wieder stärker in den Fokus der Polizei zu nehmen“, sagte Müller. In den vergangenen Jahren sind der Polizei in NRW viele Spezialisten im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit verloren gegangen, weil erfahre-

ne Kolleginnen und Kollegen die Altersgrenze erreicht haben, jüngere Beamte wurden aber nicht im erforderlichen Umfang weitergebildet.

Auch das Thema Section-Control hat auf dem Verkehrsgerichtstag erneut eine Rolle gespielt. Unmittelbar im Vorfeld des Jahrestreffens der wichtigsten

Verkehrsexperten in Deutschland hatte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens deshalb gegenüber der Nachrichtenagentur dpa noch einmal daran erinnert, dass Section-Control gerade in Baustellen und Tunneln von Vorteil ist. „Dort bedeute der Einsatz von herkömmlichen Blitzern oft eine zusätzliche Unfallgefahr, weil die Fahrzeuge kurz vor dem Blitzern abrupt bremsen, nur um danach wieder zu beschleunigen“, sagte Mertens gegenüber dpa.

„Gerade hier ist es aber zur Vermeidung von Unfällen besonders wichtig, dass der Verkehr möglichst gleichmäßig fließt.“ In Niedersachsen läuft inzwischen ein erster Pilotversuch zu Section-Control in Deutschland. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) will dessen Ergebnis abwarten, bevor er selber aktiv wird. Dabei ist Section-Control bereits seit Jahren in den Niederlanden und in Österreich erfolgreich im Einsatz.

Ein ausführlicher Bericht zu allen wichtigen Beschlüssen des Verkehrsgerichtstags erscheint im April im Bundesteil der DP.



Wir müssen das sinnlose Sterben auf den Straßen beenden



Wer viel auf den Autobahnen unterwegs ist, spürt es jeden Tag. Die Autobahnen sind durch den von Jahr zu Jahr weiter zunehmenden Schwerlastverkehr nicht nur längst an ihre Grenzen gekommen, sondern der wachsende Lkw-Verkehr entwickelt sich immer mehr zu einer tickenden Zeitbombe, die kaum noch zu entschärfen ist. Das Sicherheitspaket für Lkw und Busse, das der Deutsche Verkehrsgerichtstag in Goslar beschlossen hat, ist deshalb mehr als ein Weckruf an die Politik. Es ist der eindringliche Appell, eine völlig aus dem Ruder geratene Branche endlich wieder festen Regeln zu unterwerfen, statt sie einem ruinösen Sozialdumping preiszugeben – zulasten der Fahrer und der seriösen Unternehmen, die sich an die Regeln halten. Und zulasten aller übrigen Verkehrsteilnehmer. Mit der Neuordnung der Verkehrspolitik ist die Polizei überfordert. Das ist auch nicht ihre Aufgabe. Aber sie kann einen wichtigen Beitrag dafür leisten, dass es auf den Fernstraßen und Autobahnen wieder sicherer wird. Der Verkehrsgerichtstag in Goslar hat dafür ein umfangreiches Maßnahmenpaket geschnürt. Von der höheren Kontrolldichte der Polizei bis zum verpflichtenden Einbau von nicht abschaltbaren Verkehrsassistenzsystemen. Bei den dazu erforderlichen Gesetzesänderungen und beim Ausbau der Infrastruktur ist die Politik gefragt. Bei der Kontrolldichte muss die Polizei liefern. Sie hat in den vergangenen Jahren die Verkehrssicherheitsarbeit allzu oft vernachlässigt. Weil anderes angeblich wichtiger war. Diesen Fehler der Vergangenheit müssen wir wieder korrigieren. Nicht nur in NRW. Aber als größtes Bundesland tragen wir eine Verantwortung dafür, das sinnlose Sterben auf den Straßen zu beenden.

Michael Mertens,
Landesvorsitzender

Anzeige



The strongest link
in your supply chain. FEUBO.



Verbindung mit Qualität

- Langzeitankerverbindungen
- Grad 3 bis 5
- Zubehör für Ketten, Drahtseile und Kunststoffvertäuuungen
- Vollautomatisierte Herstellungsprozesse



**Schmiedestück-Vertrieb
Feuerstein GmbH**
Beuler Höhe 16 – 18
45525 Hattingen
Telefon: +49 2324 950750
Fax: +49 2324 950753

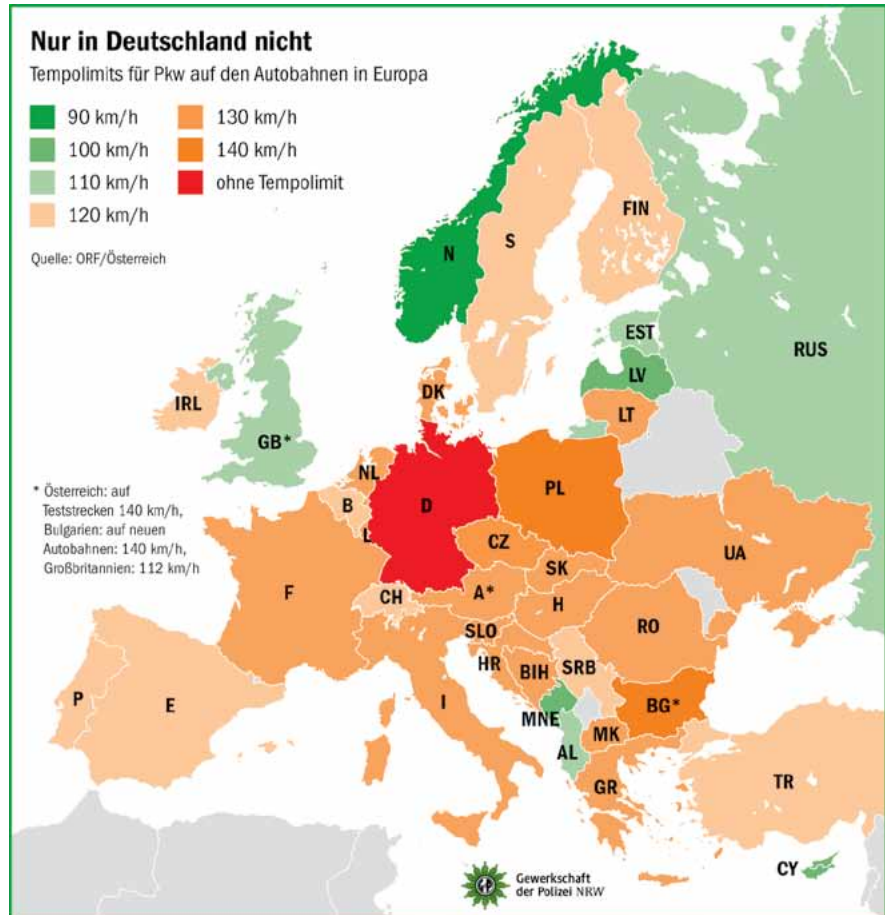
www.feubo.com



130 km/h auf Autobahnen: Kommt endlich eine Studie?

Überall in Europa gibt es ein Tempolimit auf den Autobahnen, nur in Deutschland nicht. Hierzulande gibt es noch nicht einmal eine Studie, was eine Höchstgeschwindigkeit für die Verkehrssicherheit bringen würde. Das hat das Bundesverkehrsministerium bislang erfolgreich verhindert. Ganz nach dem Motto: So lange ich nicht nachweisen kann, wie stark die Zahl der Toten und Schwerverletzten durch eine Höchstgeschwindigkeit sinkt, muss ich auch nicht handeln. Doch der Widerstand beginnt zu bröckeln, seitdem eine von der Bundesregierung eingesetzte Expertenrunde Ende Januar eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen vorgeschlagen hat, um den CO₂-Ausstoß durch den Straßenverkehr zu reduzieren. Zwar hatte Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sofort versucht, die Diskussion über eine Höchstgeschwindigkeit noch im Keim zu ersticken, doch dafür war es bereits zu spät.

Auch die GdP hat sich an der Diskussion über ein Tempolimit auf den Autobahnen beteiligt. In einem bundesweit viel beachteten Interview mit der Süddeutschen Zeitung hatte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens darauf hingewiesen, dass sich die Zahl der Verkehrstoten auf den Autobahnen durch ein Tempolimit um ein Viertel reduzieren ließe. Das zumindest legen Studien aus Österreich nahe. Zugleich hatte Mertens, der auch im GdP-Bundesvorstand den Verkehrsbereich verantwortet, daran erinnert, dass durch die hohen Geschwindigkeiten auf den Autobahnen das Leben unserer Kolleginnen und Kollegen gefährdet wird, die jeden Tag hier ihren Dienst leisten. Mertens rief deshalb die Politiker dazu auf, die Debatte über ein Tempolimit nicht sofort wieder abzuwürgen, sondern zumindest eine Studie auf den Weg zu bringen, um eine klare Datengrundlage dafür zu schaffen, ob und in welcher Höhe eine Geschwindigkeitsbegrenzung notwendig ist. Eine Forderung, die auch von vielen Verkehrspolitikern geteilt wird. In Kürze wird der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) voraussichtlich eine entsprechende Studie in Auftrag geben. Kommt die Studie, würde Deutschland einem Tempolimit einen entscheidenden Schritt näher kommen.



Überall in Europa gibt es auf den Autobahnen ein Tempolimit, nur in Deutschland nicht. In den meisten europäischen Ländern liegt die Höchstgeschwindigkeit bei 130 km/h. In Belgien, der Schweiz, in Schweden, Finnland, Spanien, Portugal und Serbien sind es mit 120 km/h noch etwas weniger. In Norwegen sind sogar nur 90 km/h zulässig – trotz der Größe des Landes.

Europawahl: Was erwarten die Betriebs- und Personalräte?

Zwei Monate vor der Europawahl lädt der DGB-Bezirk NRW unter dem Titel „Reden wir über ... faire Arbeit in Europa“ für den 14. März zu einer Betriebs- und Personalrätekonferenz in Düsseldorf ein. Im Gespräch mit der Politik werden die Konferenzteilnehmer über die Bedeutung der Europäischen Union für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diskutieren.

Auf dem Podium sitzen die Spitzenkandidatinnen der FDP für die Europawahl, Nicola Beer, und der Linken, Özlem Alev Demirel, sowie die EU-Abgeordneten Udo Bullmann (SPD), Dennis Radtke (CDU) und Terry Reintke (Bündnis 90/Die Grünen). Für die Gewerkschaften werden der DGB-Bundevorsitzende Reiner Hoffmann und die NRW-Vorsitzende Anja Weber mitdiskutieren.

Infos und Anmeldung: DGB-Bildungswerk NRW, Tel.: 02 11/1 75 23-210, E-Mail: tinawalner@dgb-bw-nrw.de

Justizminister kündigt konsequente Umsetzung des neuen § 114 StGB an

Seit Mai 2017 ist der neue Strafrechtsparagraf 114 in Kraft, nachdem ein tätlicher Übergriff auf Polizisten, Rettungssanitäter oder Gerichtsvollzieher von den Gerichten mit einer Mindestfreiheitsstrafe von drei Monaten geahndet werden muss. Ende Januar hat Justizminister Peter Biesenbach (CDU) in einer Pressekonferenz eine erste Zwischenbilanz der Strafrechtsverschärfung gezogen: In NRW, so Biesenbach, sollen die neuen gesetzlichen Möglichkeiten konsequent umgesetzt werden. In Düsseldorf, Aachen und Köln hat das Justizministerium dafür bereits eigene Staatsanwälte eingesetzt. Weitere Städte sollen folgen.

Mit der neuen, härteren Gangart will die schwarz-gelbe Landesregierung ein Signal setzen, dass Angriffe auf Polizisten nicht länger bagatellisiert werden. Das schließt auch Beleidigungen ein. In Düsseldorf haben bereits erste Täter, die bis dahin nicht vorbestraft waren, für die Beleidigung eines Amtsträgers eine Geldstrafe in Höhe eines kompletten Monatsgehalts kassiert. Auch das soll abschreckend wirken.

Die GdP, die lange Zeit für eine konsequente Ahndung von Übergriffen auf Polizisten gekämpft hat, begrüßt die neue Gangart. „Jeder Übergriff ist einer zu viel“, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende Heiko Müller, der auf Einladung des Justizministers als Experte an der Pressekonferenz teilgenommen hatte. „Die Aufforderung des Justizministers, jeden Angriff zur Anzeige zu bringen, teilen wir ausdrücklich“, ergänzte er. 2017 gab es alleine in NRW pro Tag 25 Angriffe auf die Polizistinnen und Polizisten. Das Lagebild für 2018 liegt noch nicht vor.

Überall auf der Straße – in ganz NRW

Am 28. März, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe, haben sich in Potsdam die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Vertreter der Länder zur dritten, wahrscheinlich entscheidenden Verhandlungsrunde über die Tarifierhöhung für die Beschäftigten der Länder getroffen.

Bis zum Ende der zweiten Verhandlungsrunde am 7. Februar hatte die Arbeitgeber noch kein Tarifangebot auf den Tisch gelegt. Unter dem Motto „Keinen Zentimeter zurück!“ hatte die GdP deshalb für den 13. – 15. Februar ihre Mitglieder zu einer Aktiven Mittagspause aufgerufen, um der Forderung der Gewerkschaften nach 6 Prozent mehr Geld, mindestens aber 200 Euro für alle und nach deutlichen strukturellen Verbesserungen in der Entgelttabelle Nachdruck zu verleihen. An 27 Orten in ganz NRW waren daraufhin Polizistinnen und Polizisten, Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte gemeinsam auf die Straße gegangen. So viele Aktiven Mittagspausen gab es bislang noch in keiner Tarifrunde!

Um den Druck auf die Arbeitgeber weiter zu erhöhen, hatte die GdP zudem ihre Mitglieder für den 26. Februar zu einer Großdemonstration in die Düsseldorf aufgerufen. Zu den Rednern auf der Demonstration, zu der neben der GdP auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Bildungsgewerkschaft GEW und der Deutsche Beamtenbund aufgerufen hatten, gehörte auch der GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens.

In einer Rede warnte Mertens die Bundesländer davor, die Spreng-

wirkung der unzureichenden Bezahlung im öffentlichen Dienst zu unterschätzen. „Wenn die Arbeitgeber die Bezahlung der Landesbeschäftigten nicht endlich an die deutlich bessere Bezahlung der Beschäftigten beim Bund und den Kommunen anpassen, wird es in Zukunft immer schwerer werden, gut qualifizierte junge Menschen für das Land zu gewinnen“, sagte Mertens. Zudem erinnerte er daran, dass mit einem möglichen Tarifabschluss in Potsdam die Besoldungsrunde 2019 noch nicht zu Ende ist. „Für uns steht die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger von vorneherein mit auf der Tagesordnung. Wir erwarten hier ein klare Zusage der Landesregierung, ohne jedes Wenn und Aber!“ betonte der GdP-Vorsitzende.

Mehr Infos zu den Tarifverhandlungen: www.gdp-nrw.de



Fotos: Michael Scheich/GdP





DSM-Erlass: Harte Verhandlungen haben sich gelohnt

Seit dem 1. Juli 2017 ist in NRW die neue AZVOPol in Kraft. Eigentlich hätte zu diesem Zeitpunkt auch der Erlass zum Dezentralen Schichtdienstmanagement der Polizei (DSM) geändert werden müssen, doch der Entwurf, den das Innenministerium dafür im Herbst 2017 vorgelegt hat, hätte mehr Probleme geschaffen als gelöst. Auf Initiative der GdP hatte der Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) dem Erlass deshalb seine Zustimmung verweigert. Parallel dazu hatte die GdP bereits im September 2017 ein umfangreiches Eckpunktepapier zur Überarbeitung des DSM-Erlasses vorgelegt.

Dieser Kritik ist das Innenministerium jetzt gefolgt: Der überarbeitete DSM-Erlass, den das Ministerium Ende Januar dem PHPR zur Zustimmung vorgelegt hat, greift die wichtigsten Kritikpunkte der GdP auf. Dazu gehört vor allem:

- Der Verbindlichkeitszeitraum wird, wie von der AZVOPol gefordert, jetzt landesweit einheitlich festgelegt. Ob der Zeitraum (Freitag bis Donnerstag der Folgeweche) praktikabel ist, muss sich in der Praxis zeigen.

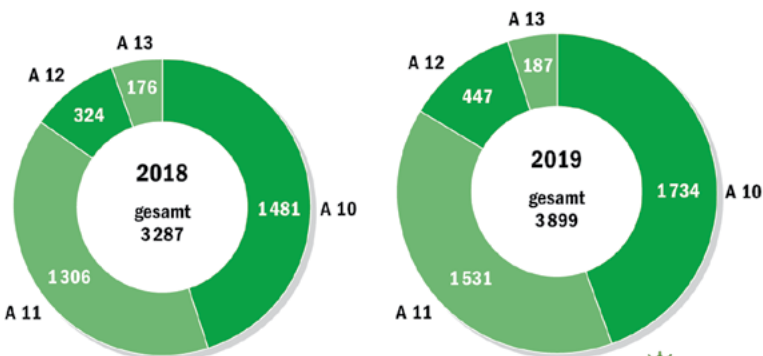
- Bei kurzfristigen Änderungen innerhalb der Verbindlichkeit bleibt es bei klaren Regeln: Zusätzliche Dienste können grundsätzlich auszahlbare Mehrarbeit sein. Ebenso gibt es besondere Regelungen für die Wahrnehmung von Gerichtsterminen mit vorherigem Nachtdienst, für den Entfall von vorgeplantem Dienst am Wochenende usw.

- Zudem bleiben die Erlasse zur Regelung des Verzichts auf die Einrede der Verjährung für Mehrarbeit 2019 in Kraft. (Erlass vom 22. 5. 2015 für Mehrarbeit vor 2015 und Erlass vom 27. 7. 2018 für Mehrarbeit seit 2015). Für 2020 soll gegebenenfalls eine Folgeregelung kommen. Der Begleiterlass kündigt zudem die Einführung von Langzeitkonten bei der Polizei an.

- Im Begleiterlass ist auch geregelt, dass für die Bereitschaftspolizei, die Spezialeinheiten und für Bereiche mit sogenannten atypischen Arbeitszeitmodellen (kein Schichtplan, aber auch kein Tagesdienst) besondere Regeln geschaffen werden. Auch das war eine klare Forderung der GdP.

Mehr Beförderungen durch mehr Pensionierungen

Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst der Polizei in NRW



Quelle: Innenministerium NRW



Weil immer mehr Polizistinnen und Polizisten das Pensionsalter erreichen, gibt es in diesem Jahr in NRW 600 Beförderungsmöglichkeiten mehr als 2018. Mit ähnlich hohen Beförderungszahlen ist auch in den nächsten Jahren zu rechnen, bevor die Zahl der Pensionierungen ab 2024 langsam wieder zurückgeht.

ORANGE COUNTY
RESORT HOTEL ALANYA
★★★★★

SPAREN SIE JETZT BIS ZU 40%!*

- Ultra All Inclusive
- Mini-Club bis 24:00 Uhr
- High-Speed-Internet
- Standard-Zimmer 40 m²
- Familien-Zimmer 60 m²
- Flach abfallender Sandstrand ohne Wellen
- Beheizter Rutschen-Pool
- Wellness & SPA
- Frisches, hochwertiges Essen
- Privatstrand & Steg

Jetzt buchen auf www.xitt.de

XITT - eine Marke der ITT GmbH
Oststr. 115 / 40210 Düsseldorf
Tel.: +49 (0) 211 38 690 - 300
E-Mail: service@xitt.de



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3.3. Klaus Milkereit, Bonn
- 5.3. Edith Bajohr, Sprockhövel
- 6.3. Irma Fischer, Bielefeld
- 7.3. Horst-Günter Haarich, Datteln
- 16.3. Klara Dembowy, Gelsenkirchen
- 18.3. Herbert Fabian, Waltrop
- 20.3. Elisabeth Weskamp, Paderborn
- 21.3. Wilhelm Petersik, Langenfeld
- 23.3. Rudolf Denne, Wachtberg
- 25.3. Luise Pohlmann, Oberhausen
- 30.3. Alfons Klarenbeck, Ratingen

91. Geburtstag

- 8.3. Ruth Kapeluch, Dortmund
- 10.3. Katharina Rosarius, Bonn
- 24.3. Klaus Stark, Rheinberg
- 25.3. Leonhard Wohlfahrt, Moers
- 28.3. Hans Roth, Wachtberg
- 29.3. Siegfried Karge, Hamm

92. Geburtstag

- 9.3. Rosemarie Schenkel, Köln
- 22.3. Agnes Opitz, Heinsberg
- 28.3. Elfriede Heusing, Hünfeld

93. Geburtstag

- 12.3. Hermann Krüger, Gelsenkirchen
- 16.3. Franz Fester, Iserlohn
- 20.3. Ursula Droese, Dorsten
- 21.3. Lorse Isermann, Wermelskirchen
- Marguerite Mingo, Gelsenkirchen
- 26.3. Hubert Kieven, Jülich

94. Geburtstag

- 1.3. Martha Krusche, Köln
- 10.3. Kurt Werner, Köln
- 21.3. Heinz Luge, Bedburg
- 23.3. Heinrich Frosting, Dortmund
- 29.3. Hans Skoberne, Telgte

95. Geburtstag

- 10.3. Gerhard Cyranek, Troisdorf
- 16.3. Alfred Schiewer, Solingen
- 26.3. Hubertine Derichs, Geilenkirchen

96. Geburtstag

- 16.3. Gertrud de Vries, Schwetzingen
- 21.3. Joachim Kirmse, Neunkirchen a. Sand

97. Geburtstag

- 4.3. Wilhelm Groß, Düsseldorf

98. Geburtstag

- 16.3. Gertrud Hantschel, Burgkunstadt
- 25.3. Max Frost, Swisttal
- 29.3. Otto Faßbinder, Alsdorf

99. Geburtstag

- 4.3. Marie-Luise Gehrke, Hagen
- 18.3. Trude Hakelberg, Köln
- Emilie Lotz, Wuppertal

103. Geburtstag

- 5.3. Paul Possart, Bonn



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der April-Ausgabe
ist der 5. März.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 60
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit

Ruhrfestspiele 2019: Poesie und Politik

„Poesie und Politik“ lautet 2019 das Motto der gemeinsam von der Stadt Recklinghausen und dem DGB veranstalteten Ruhrfestspiele, die vom 1. Mai bis zum 9. Juni stattfinden.

Der Steinkohlebergbau, der am Anfang der Festspiele stand, ist vorbei. Auf diesen Umbruch reagiert der neue Intendant Olaf Kröck, und präsentiert die Festspiele als Schauspielersfestival mit Tanz, Theater und Zirkus. Theater wirke immer unmittelbar emotional und habe die Fähigkeit, eine Verbindung zwischen Poesie und Politik herzustellen, erklärte Kröck während der Programmvorstellung Ende Januar.

Das Programm umfasst 90 Produktionen mit 210 Veranstaltungen, u. a. drei Eigenproduktionen, eine Uraufführung, sieben Deutschlandpremierer und eine Kunstaussstellung. Zu den Höhepunkten des Festivals gehören die Eigenproduk-



tion „What Is the City but the People?“, die nach einer Idee des renommierten Konzeptkünstlers und Turner-Preisträgers Jeremy Deller für das Manchester International Festival konzipiert

wurde, die Deutschlandpremierer von Peters Brooks „The Prisoner“ und Ivo van Hoves „Ein wenig Leben“, nach dem gleichnamigen, preisgekrönten Roman.

Das älteste Theaterfestival Europas startet am 1. Mai mit dem Eröffnungswochenende mit einem bunten Mix aus Kulturvolksfest, Tanz, Theater, Bildender Kunst, Lesung, Konzert, Gespräch und Feier. GdP-Mitglieder haben Anfang April die Möglichkeit, eines von sechs Tickets über den Facebook- und Instagram-Kanal der GdP NRW zu gewinnen! Weitere Tickets gibt's mit DGB-Rabatt unter: www.ruhrfestspiele.de



Urlaubsgeld für Sie!

**Buchen Sie Ihren Traumurlaub
in dem Reisebüro, in dem sich
Ihre GdP-Mitgliedschaft
für Sie auszahlt!**

**Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!**



**GdP Reiseservice
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de**

penguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

6. März, 14:00 Uhr, Seniorentreffen mit Vorträgen zu den Themen „Sicher wohnen“ und „Falsche Polizeibeamte“, Restaurant Strepp am See, 52372 Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Duisburg

20. März, 15:00 Uhr, Jahreshauptversammlung der Senioren mit Neuwahlen des Seniorenvorstands, PSV-Heim, Futterstr. 12, 47058 Duisburg

Kreisgruppe Höxter

20. März, 14:30 Uhr, Herbsttreffen der Senioren bei Kaffee und Kuchen, Restaurant Löseke, Sonnenbrink 2, 33034 Brakel

Kreisgruppe Köln

21. März, 14:00 Uhr, Vortrag „Dement oder nur vergesslich?“, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4, 50676 Köln

Kreisgruppe Heinsberg

14. März, 15:00 Uhr, Vorträge zu Tarifverhandlungen, Häusliche Pflege, Änderung der BeihilfeVO zum 1. 1. 2019

Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im März erhalten einen Kino-Besuch im Wert von 35 Euro.

45 44374
45 18271
45 29702

Im April erhalten Die Gewinner einen Douglas-Gutschein im Wert von 35 Euro.

GdP aktiv

11. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 17:00 Uhr, Haus Kaldenhoff, Aktienstr. 140, 45359 Essen. Mindestteilnehmerzahl: 15, Anmeldung per Mail an siegfried.czernik@web.de oder Tel.: 01 76/39 33 79 88, Anmeldeschluss ist der 4. 3. 2019.

17. 3., GdP-Schneetreff, alpincenter Bottrop, GdP-Vorteilspreis all inclusive: Erwachsene 29,00 Euro, Kinder 24,00 Euro. Coupons sind ab Anfang Februar bei den Kreisgruppen erhältlich.

21. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14:00

Uhr, im ehemaligen Speisesaal der Polizeischule, Norbertstraße 165, 45131 Essen, mit Gastreferat zum Thema „Ausrüstung“.

23. 3., Polizeifest der Kreisgruppe Heinsberg, 20:00 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Straße 3, 41836 Hückelhoven-Hilfarth. Eintrittskarten für das beschwingte bunte Showprogramm sind über die Vertrauensleute erhältlich.

25. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Hamm, 15:00 Uhr, Restaurant Altes Fährhaus, Fährstraße 1, Hamm

27. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16:00 Uhr, Hotel Wilhelmshöhe, Werdohler Straße 54, Neuenrade

3. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Lippe, 15:30 Uhr, Gaststätte Ellernkrug, Detmolder Straße 315, 32791 Lage

8. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Olpe, 16:00 Uhr, Hotel Zur Post, Niederste Straße 7, Attendorn

9. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 16:30 Uhr, Kantine Kreishaus Schwelm, Startgebühr: 5,00 Euro, Anmeldungen unter 0 23 36/91 66-15 01

NACHRUFE

Kai David Augustin	02.11.1993	Aachen	Wilfried Möller	29.03.1944	Gelsenkirchen
Roland Bellmann	15.08.1939	Aachen	Klaus Rumpf	10.11.1950	Gelsenkirchen
Heinrich Krings	18.07.1927	Aachen	Ruth Wittfeld	27.06.1923	Gelsenkirchen
Charlotte Pomp	19.12.1927	Aachen	Werner Börschel	29.10.1945	Gütersloh
Knut Breuer	26.03.1940	Bergisches Land	Heinz Corbet	10.12.1930	Heinsberg
Kurt Buchholz	06.12.1924	Bergisches Land	Ralf Brambring	26.01.1983	Hochsauerlandkreis
Marlies Homberg	11.10.1958	Bergisches Land	Peter Becker	08.06.1930	Köln
Helmut Kipp	05.03.1947	Bielefeld	Gertraud Lipka	18.09.1936	Krefeld
Frieda Salchow	17.04.1920	Bielefeld	Günther Schouren	04.06.1927	Krefeld
Siegfried Fulland	07.12.1923	Bochum	Hans-Dieter Meyer	09.06.1951	LZPD NRW
Rudi Hackenbeck	01.01.1932	Bochum	Manfred Rademacher	09.10.1940	LZPD NRW
Hermann-Josef Grotstabel	11.06.1954	Borchen	Josef Ettlter	24.10.1933	Paderborn
Helmut Bunse	26.04.1935	Dortmund	Josef Wille	21.05.1954	Paderborn
Georg Ulbig	18.05.1958	Dortmund	Gottfried Wolf	18.07.1934	Paderborn
Werner Lang	20.04.1971	Duisburg	Bernhilde Breuckmann	24.07.1934	Recklinghausen
Hans Weber	27.11.1930	Düren	Christel Spahlinger	16.09.1934	Selm
Luise Hartmann	01.10.1932	Düsseldorf	Hildegard Knäpper	18.06.1929	Unna
Günter Link	26.09.1923	Düsseldorf	Lydia Werner	17.06.1933	Unna
Anneliese Schwedt	11.05.1928	Düsseldorf	Willi Linneweber	23.10.1945	Warendorf
Alfons Schmitz	03.10.1945	Erfkreis	Hilda Horstmann	16.09.1919	Wesel
Walter Dzubilla	27.02.1923	Essen/Mülheim			

